



Artikel publiziert am: 16.03.2014 - 10.04 Uhr

Quelle: <http://www.hna.de/lokales/hann-muenden/7-privatisierung-krimineller-akt-3418401.html>

Kritik an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt

Landtagsabgeordneter Schminke: "A7-Privatisierung ist krimineller Akt"

Landkreis Göttingen/Seesen. Der Mündener Landtagsabgeordnete Ronald Schminke (SPD) übt heftige Kritik an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU).

„Nach meiner Ansicht vollzieht sich hier ein krimineller Akt, weil mehr als 25 Millionen Euro Steuergelder allein an der A7 vernichtet werden.“ Das erklärte der Mündener SPD-Landtagsabgeordnete Ronald Schminke in einer Pressemitteilung. Er reagiert damit auf die rechtliche Anweisung von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) an die rot-grüne Landesregierung, Ausbau und Betrieb der Autobahn 7 in Südniedersachsen nach dem Modell Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP) auszuschreiben (die HNA berichtete).

Schminke ist der Meinung, wenn der neutrale Bundesrechnungshof dreifach nachgerechnet und millionenschwere Kostenvorteile für den Ausbau in öffentlicher Regie bescheinigt habe, und wenn belegbare niedersächsische Berechnungswerte durch den Bund einfach ausgetauscht und durch wesentlich ungünstigere bayrische Daten ersetzt würden, dann sei dieses Vorgehen ein „Kniefall der Politik vor den Interessen der Bau- und Finanzindustrie.“

Das Bundesverkehrsministerium habe nicht nur die vom Bundesrechnungshof ermittelten Kostenvorteile ignoriert, sondern auch Zeitfenster einseitig manipuliert und der privatisierten Bauweise einen zehnpromzentigen Effizienzvorteil zugestanden.

Die Anweisung des Bundes an das Land Niedersachsen zur Ausschreibung der ÖPP-Variante sei eine mit brachialer Gewalt erzwungene Umsetzung, meint der Landtagsabgeordnete, zumal niedersächsische Fachbehörden und auch Wirtschafts- und Verkehrsminister Lies bis zuletzt mit guten Argumenten und kämpferisch gegengehalten hätten.

Schminke: „Die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Straßenmeisterei Seesen verlieren den Glauben an den Rechtsstaat, wenn ihre Interessen auf solche Art und Weise mit Füßen getreten werden.“

Der SPD-Politiker meint, Niedersachsen werde durch eine solche Vorgehensweise des Bundes in seinen Rechten beschnitten: „Das ist in meinen Augen Rechtsbeugung, weil eine parlamentarische Kontrollfunktion ganz bewusst ausgeschlossen wird. Ein Fall für den Staatsanwalt, weil wissentlich Millionen Steuergelder vernichtet werden.“ (kri)